

Übersicht

AUSSENPOLITIK

Bundesrepublik Deutschland

(1) Badminton-Diplomatie Pekings in der Bundesrepublik

Die Badminton-Länderkämpfe zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China sind zu einem Politikum geworden, seitdem die Gäste die Mannschaftsaufstellung der deutschen Gastgeber mit Erfolg zu beeinflussen begannen. Die Chinesen weigerten sich, gegen drei Wiesbadener Spieler anzutreten, die im März 1975 einen Trainingskampf gegen Badmintonspieler aus Taiwan bestritten hatten. Der Präsident des Deutschen Badminton-Verbandes schloß daraufhin die drei "inkriminierten" Wiesbadener für alle sieben in der Bundesrepublik stattfindenden Vergleichsspiele aus. Wie es hieß, wollte man damit Bonner Vorstellungen entgegenkommen. Es sollte alles vermieden werden, was die deutsch-chinesischen Beziehungen stören könnte. Dieses Verhalten löste Empörung aus (vgl. FAZ, 10.5.1975). Man habe hier "Badminton mit dem Holzhammer" betrieben, obwohl doch bekannt sei, daß Taiwan seit 20 Jahren Mitglied im Internationalen Badminton-Verband sei, während sich Peking erst seit gut einem Jahr (vergeblich) um die Aufnahme in diese Kreise bemühte.

WESTEUROPA

(2) Antipathie Pekings gegenüber dem neuen Regime in Portugal?

Nach Meinung von Radio Moskau (23.5.1975) ist die Ablehnung der Chinesen, mit einer Delegation an der Sitzung des UN-Entkolonialisierungsausschusses vom 12.-19. Juni 1975 in Lissabon teilzunehmen, darauf zurückzuführen, daß Peking mit der Politik der Provisorischen Regierung Portugals, und besonders mit dem Kurs Portugals bei der Entkolonialisierung seiner ehemaligen Besitzungen, nicht zufrieden sei. Besondere Aufregung habe die Perspektive einer möglichen Liquidierung des kolonialen Status von Macao ausgelöst, wo Peking ein solides finanzielles Interesse habe. Peking kontrolliere dort einen beträchtlichen Teil des städtischen Handels sowie den Schwarzmarkthandel mit Rauschgift, was dem chinesischen Fiskus eine große Summe ausländischer Devisen einbringe. Von der Antipathie der Maoisten gegenüber dem demokratischen Portugal spreche beredt auch die Tatsache, daß Peking bisher die diplomatischen Beziehungen zu Lissabon noch nicht hergestellt habe.

Offiziell hat die VR China ihren Beschluß, an der Sitzung des Entkolonialisierungskomitees nicht teilzunehmen, damit begründet, daß sie in der portugiesischen Hauptstadt keine Botschaft besitze und daß dadurch die Verbindung zu den chinesischen Vertretern im Komitee und Peking nicht funktionieren würde.

(3) "Direkte Demokratie": Portugal und das gescheiterte Experiment in der VR China

Die Ankündigung der portugiesischen Streitkräfte-Bewegung, das

System der direkten Demokratie ("Räterepublik") einzuführen, um auf diese Weise die breiten Volksmassen mit den revolutionären Militärs in direkte Verbindung zu bringen, ruft Erinnerungen an ähnliche Vorgänge während der chinesischen Kulturrevolution wach.

China befand sich 1968, nachdem sein Partei- und Regierungsapparat durch die Kulturrevolution weitgehend zerstört worden war, vor ähnlichen Rekonsolidierungsproblemen wie das Portugal des Übergangs im Jahre 1975. Damals existierte nur noch eine einzige intakte Organisation, nämlich die "Volksbefreiungsarmee". Mit ihrer Hilfe wurden in den einzelnen Einheiten (Schulen, Fabriken etc.) sogenannte "Revolutionskomitees" aufgebaut, und zwar nach dem sogenannten "Dreier-Allianz-Schema": Danach sollten in jeder Einheit Funktionäre, Massenvertreter und Militärdelegierte die Leitungsfunktionen übernehmen. Die Revolutionskomitees waren ihrem ursprünglichen Entwurf nach als organisatorische Repräsentanten des Gedankens der "direkten Demokratie" gedacht und erinnerten in dieser Eigenschaft stark an die früh russischen "Sowjets" (und auch an die "Räte" der Weimarer Republik).

- Beide sollten durch eine hochgradige Mobilität der Leitungsfunktionen jeglichem Ansatz zu einer bürokratischen Verfestigung von vornherein Einhalt gebieten.

- Beide waren nicht etwa nach dem Territorial-, sondern nach dem Funktionalprinzip aufgebaut, insofern sie im Rahmen der vorgegebenen Einheiten (Schulen, Fabriken etc.) entstanden.

- Beiden auch war der Gedanke des "imperativen Mandats" (und nicht etwa nur der Bindung an das eigene "Gewissen" während einer bestimmten Wahlperiode) sowie die Idee der jederzeitigen Abwählbarkeit eigen.

Freilich waren die Revolutionskomitees der damaligen Zeit mit einem unübersehbaren Schönheitsfehler behaftet: Die ungewöhnlich starke Militärbeteiligung schien nämlich mit dem Prinzip der Massen-Selbsterziehung, wie es der Direkten Demokratie nun einmal eigen ist, nicht so recht vereinbar. In der Tat ging das "Räte"-Element auch bald wieder verloren.

Sowohl die früh russischen Sowjets als auch die Revolutionskomitees der Kulturrevolution sind gescheitert, obwohl beide Organisationen dem Namen nach auch heute noch fortbestehen: Die Sowjets, denen noch Anfang 1917 "alle Macht" zukommen sollte, wurden - unter Ausschaltung der anderen Parteien, vor allem der Menschewisten - nach und nach "bolschewisiert" und erhielten schließlich den Status von bloßen Transmissionsinstrumenten der allmächtigen, sämtliche Machtpositionen monopolisierenden KPdSU. "Parteisiert" wurden seit dem Wiederaufbau der KP-Organisationen nach 1969 auch die chinesischen Revolutionskomitees. Heute gelten sie nur noch als "revolutionierte" Ausführungsorgane, nicht mehr als Agenturen mit eigenen Leitungsbefugnissen!

Sowohl das Scheitern der Sowjets als auch der Revolutionsko-

mitees zeigt, daß "Direkte Demokratie" sich nur in bestimmten revolutionären Situationen verwirklichen läßt. Erlischt die "revolutionäre Begeisterung" (z.B. mit dem Ende der Kulturrevolution), so tritt an die Stelle der "Demokratie" bald wieder der "Zentralismus", d.h. die Herrschaft von oben nach unten. Ein solcher Umschwung kann Gefahren mit sich bringen. Selbst in einem Lande wie China hätte nicht viel gefehlt, und die "Macht ergreifung der Gewehre" mit Hilfe der Revolutionskomitees wäre Wirklichkeit geworden. Der Lin Piao-Fall hat Entwicklungsmöglichkeiten dieser Art deutlich werden lassen.

Die Lehre aus diesen "Präzedenzfällen"? Konnte die "Direkte Demokratie" schon nicht einmal in der frühen Sowjetunion und in China Wurzeln fassen, so ist dies in Portugal, dessen Bewohner so lange Zeit massenpartizipatorische Enthaltsamkeit zu üben hatten, erst recht nicht zu erwarten. Um so drohender aber eine Gefahr, wie sie in der VR China nach 1970 gerade noch umschiffen werden konnte, nämlich die "Macht ergreifung der Gewehrläufe" im Zeichen einer Anarchie, die angesichts nicht funktionierender "Räte" zu befürchten wäre.

(4) Anerkennung der EG durch China

China wird in Kürze die Europäische Gemeinschaft diplomatisch anerkennen. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Gespräche des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Sir Christopher Soames, mit der chinesischen Regierung. Soames, der auf chinesische Einladung vom 4. bis 9. Mai Peking besuchte, hat am 8. Mai bekanntgegeben, daß China bald einen Botschafter zur EG entsenden und einen Handelsvertrag mit der Gemeinschaft abschließen werde. Dies wird auch von der chinesischen Seite bestätigt (dpa, 8. u. 12. 5. 75). Nach Jugoslawien ist die VR China der zweite kommunistische Staat, der die EG offiziell anerkennt. Im letzten Jahr betrug der Handel Chinas mit den 9 EG-Mitgliedstaaten 1714 Mio. US \$ (mit Japan 3292 Mio. US \$ und mit den USA 922 Mio. US \$). (Economist, 17. 5. 1975)

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) Rd. 400.000 chinesische Soldaten in Tibet

Wie eine am 30. April in Neu Delhi ausgelieferte tibetische Exilwochenschrift in ihrer jüngsten Ausgabe behauptet, hat die VR China derzeit zwischen 300.000 und 400.000 Soldaten in Tibet stationiert. Im Mai 1974 hatte das Büro des exilierten Dalai-Lama mitgeteilt, daß sich in diesem Gebiet zwischen 150.000 und 200.000 chinesische Soldaten aufhielten.

Die jüngste Mitteilung ist in der in Charamsala veröffentlichten Zeitschrift "Sheja" enthalten. An diesem Ort lebt der Dalai-Lama seit seiner Flucht aus Lhasa im Jahr 1959. Der Zeitschrift zufolge gehört Tibet drei verschiedenen Militärregionen an: Der Nordwesten zähle zur Militärregion Sinkiang, der Südosten zur Militärregion Yünnan und der übrige Teil zur Militärregion Chengtu. Neben regulären Truppen unterhalte China in Tibet auch ein Produktions- und Aufbaukorps (Reuter, Englisch, 30. 4. 75).

(6) Fortschritte bei den sino-sowjetischen Grenzverhandlungen in Peking?

Wie Radio Moskau am 5. Mai 1975 bekanntgab, reiste der sowjetische Chefdelegierte bei den sowjetisch-chinesischen Verhand-

lungen über die Regelung der Grenzfragen, Leonid Iljitschew, am selben Tag "für eine Zeitlang in dienstlichen Angelegenheiten von Peking nach Moskau ab". Tanjug (5. 5. 75) will erfahren haben, daß die Abreise nicht den Abbruch der Verhandlungen bedeute. Erst am 12. Februar 1975 war Iljitschew ja nach einer sechsmonatigen Abwesenheit wieder nach Peking zurückgekommen (Näheres dazu C.a. März 1975, Ü-9). Seit seiner Rückkehr kam es zu regelmäßigen Sitzungen in der Grenzfrage, und zwar einmal pro Woche. Bis Mitte April sollen keine Fortschritte erzielt worden sein. Iljitschew erhielt jedoch damals die Erlaubnis, zwei Wochen lang Südchina zu bereisen, ein gewiß außerordentliches Ereignis, das als positive Geste der chinesischen Regierung gewertet werden kann.

Die Gespräche begannen vor nunmehr fünfzehn Jahren im Anschluß an den Besuch Kossigyns in Peking, der auch aus heutiger Sicht als ein Versuch gewertet werden konnte, die im Anschluß an die Ussuri-Zwischenfälle entstandenen Spannungen zu lockern.

Westliche Beobachter wollen wissen, daß in der Zwischenzeit kleine Fortschritte erzielt worden seien. Peking soll erstmals Punkt-für-Punkt-Verhandlungen zugestimmt haben und von seiner Forderung nach Globalverhandlungen abgegangen sein (so SZ und FAZ vom 6. 5. 75).

Diese Aussage ist etwas unklar: Seit November 1974 ist ja bekannt, daß Chinesen und Russen in 6 Punkten übereinstimmen. Die sechs Konkordanzpunkte lauten:

- Die Verständigung vom September 1969 zwischen Chou En-lai und Kossigyn soll als Grundlage neuer Abmachungen dienen.
 - Es soll die Beibehaltung des Status quo an der Grenze vereinbart werden.
 - Es soll eine Vereinbarung über die Verhütung bewaffneter Konflikte erzielt werden.
 - Es soll das Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten stipuliert werden.
 - Es soll ein gegenseitiger Nichtangriffs- und Gewaltverzichts-pakt unterzeichnet werden.
 - Anschließend, d.h. nachdem die vorausgehenden Punkte erfüllt sind, sollen auch Verhandlungen über die endgültige Regelung der Grenze getroffen werden, deren Verlauf ja bisher immer noch umstritten ist (Näheres C.a. April 1975, S. 190 f.). Der chinesische Wille, sich auf solche Vereinbarungen einzulassen, kam auch in dem Telegramm vom 6. November an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und an den Ministerrat der UdSSR zum Ausdruck (abgedruckt ebd.).
- Wenn der chinesische Vorschlag auf Verhandlungen über einen gegenseitigen Nichtangriff und über einen gegenseitigen Gewaltverzicht damals von der Sowjetunion abgelehnt wurde, so geschah dies im wesentlichen deshalb, weil das chinesische Telegramm vom Abzug sowjetischer Grenztruppen aus den "umstrittenen Gebieten" im sino-sowjetischen Grenzbereich gesprochen hatte. Die chinesische Forderung nach einem "Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Gebieten" wurde von den Sowjets als Affront empfunden (C.a. ebd., S. 191).

Angesichts der immer noch fortdauernden Spannungen zwischen beiden Staaten ist es ganz unwahrscheinlich, daß in dieser Frage in der Zwischenzeit Übereinstimmung erzielt worden ist.

Am 11.4.1975 veröffentlichte die Kuang-min-Zeitung zudem einen Aufsatz mit dem Hinweis, daß das Ussuri-Gebiet immer chinesisch gewesen sei. Um dies zu vertuschen, hätten die Sowjetrevisionisten Ortsnamen mandschurischer oder chinesischer Prägung nach den Ussuri-Zwischenfällen eiligst russifiziert, um so den Beweis für die Zugehörigkeit zum chinesischen Hoheitsgebiet zu tilgen.

Eine gewisse Besserung im Verhandlungsklima könnte aber deshalb eingetreten sein, weil es für die Chinesen in der Zwischenzeit feststeht, daß die Sowjetunion keinen unmittelbaren Angriff auf die VR China mehr plant. Entsprechende Vermutungen wurden dem hessischen Wirtschaftsminister Karry vom Stellvertretenden chinesischen Außenminister Ho Yin mitgeteilt: Peking sei zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die Tiefengliederung sowjetischer Armeen nicht mehr auf einen bevorstehenden Angriff gegen China hindeute. Die sowjetische Strategie ziele jetzt vielmehr auf Westeuropa. Nach chinesischen Beobachtungen seien inzwischen 3 Millionen Sowjettruppen in den westlichen Teil der Sowjetunion verlegt worden. Nur 1 Million stehe noch im asiatischen Rußland. Nach Ansicht Ho Yins könnten die Vereinigten Staaten ihre Ostflanke besser schützen, wenn sie jetzt die aus Ostasien abgezogenen Truppen in Europa stationierten (FAZ, 7.5.75)

(7) "Diktatur von der Art Hitlers" in der Sowjetunion

"Zum 30. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus" hat Peking (PRu 1975, Nr. 20, S.7 f.) der "Breschnew-Renegatenclique" vorgeworfen, in der Sowjetunion "eine faschistische Diktatur von der Art Hitlers" aufgebaut zu haben. "Der erste sozialistische Staat in der Welt ist zum sozial-imperialistischen, sozialfaschistischen Staat entartet. Das sozialistische Bollwerk, das die Hitlertruppen mit ihrer Stärke von mehreren Millionen nicht hatten einnehmen können, ist von der Chruschtschow-Breschnew-Renegatenclique von innen her genommen worden. Diese Handvoll von Renegaten hat das zuwegegebracht, was Hitler gewollt, aber nicht erreicht hatte. Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers".

Hitler habe sich nur 12 Jahre an der Macht halten können. Auch den Renegaten im Kreml sei nur eine kurze Zeitspanne beschieden: "Sie werden auf dem Müllhaufen der Geschichte landen". (Weiter: Thema in diesem Heft: Sino-sowjetische Polemik).

NORDAMERIKA

(8) USA-Handelskammern bestehen auf Zwei-China-Politik

Die Zwei-China-Politik erfreut sich bester Gesundheit, zumindest in den Herzen des Asiatisch-Pazifischen Rates der Amerikanischen Handelskammern (APCAC = Asiatic Pacific Council of American Chambers of Commerce). Delegierte des APCAC traten auf ihrer letzten Konferenz in Manila für ein amerikanisches Handelsabkommen mit der VR China ein, unterhalb der Regierungsebene. Gleichzeitig drängten sie Präsident Ford, "möglichst schnell Taipei zu besuchen, um es der fortgesetzten Unterstützung bei der Ausweitung des amerikanischen Handels und der Investitionen in der Republik von China zu versichern

(FEER, 25.4.75).

KANADA

(9) Ausweisung eines chinesischen Presseattachés

Außenminister McEachen hat vor dem Parlament in Toronto erklärt, daß ein Attache der chinesischen Botschaft, dessen Namen er nicht bekanntgeben wollte, aus Sicherheitsgründen aufgefördert worden sei, Kanada zu verlassen.

In der Zwischenzeit ist der Name des Presseattachés bekannt geworden. Es handelt sich um den Presseattaché der chinesischen Botschaft in Kanada, Kuo Ching-an, der nach Angaben des amerikanischen Bundeskriminalamts FBI als Kurier für die chinesische Botschaft in Washington Geheimdokumente nach Kanada eingeschmuggelt und von dort aus nach Peking übermittlelt habe. Das FBI habe auf Anweisung von Präsident Ford nicht eingegriffen (NZZ, 3.5.75).

Am 14.5.1975 griff die sowjetische Iswestja den Fall auf, der nicht ungelegen kam, nachdem ja die Chinesen vorher die Sowjets schon ~~dauend~~ der Spionage bezichtigt hatten. Wörtlich: "Laut Berichten der amerikanischen und kanadischen Presse reiste der Pekinger Diplomat sehr gerne. Jede Woche fuhr er mit dem Wagen von Ottawa nach Washington. Warum? Wie der Toronto Star unter Berufung auf amerikanische Quellen schreibt, verschaffte sich der Pekinger Diplomat geheime Industrie- und Militärintformationen. Die in den USA gesammelten Informationen lieferte er in der chinesischen Botschaft in Ottawa ab, von wo sie weitergeleitet wurden. Er wurde ausgewiesen, und das war, wie die Pekinger Diplomaten jetzt sagen, ein 'Mißverständnis' " (TASS, 14.5.75), (BTA Ost-Info, 15.5.75, UdSSR/China, S.10).

ASIEN

(10) Bangla Desh sieht Durchbruch für Anerkennung

Als einen Schritt auf dem Wege zur Anerkennung haben Zeitungen in Dacca die Unterzeichnung eines Handelsprotokolls zwischen Bangla Desh und China bezeichnet. Das Abkommen, das einen bilateralen Handel von etwa 50 Millionen Pfund vorsieht, wurde während eines Besuchs einer Handelsdelegation aus Bangla Desh auf der Cantoner Messe unterzeichnet und kann als Durchbruch der Beziehungen zwischen beiden Staaten angesehen werden. China hatte 1971 im pakistanischen Krieg den Westteil des Landes unterstützt und zwei Jahre lang verhindert, daß der neue Staat UNO-Mitglied werden konnte. Von Handelsexperten in Dacca wird erwartet, daß China bald einen erheblichen Teil seines Rohjute-Bedarfs zu einem günstigen Preis aus Bangla Desh importieren wird. An einer Handelsliste werde zur Zeit gearbeitet. Bangla Desh sei besonders an chinesischen Waren interessiert, die in Relation zum Weltmarktpreis niedriger lägen (The Japan Times, 22.5.75).

(11) Neue Spannungen zwischen China und Birma

Der Tod zweier führender Funktionäre der KP Birmas war Anlaß für eine Verdüsterung des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten China und Birma.

Am 15. März 1975 hatten Regierungstruppen an einem Flußufer im Pegu-Gebirge eine Gruppe kommunistischer Rebellen gestellt, unter denen sich auch der ZK-Vorsitzende Thakin Zin

und der Sekretär Thakin Chih befanden. Nach kurzem Feuergefecht wurden die beiden Funktionäre getötet. (Der Ehrentitel Thakin kennzeichnet die Mitgliedschaft in dem schon legendären, vor dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Bund junger militanter Nationalisten, aus dem die meisten frühen und heutigen Führer Birmas hervorgegangen sind. Einer dieser Thakin war U Nu, ein anderer Thakin Shu Maung, identisch mit dem heutigen Staatsoberhaupt Birmas, General Ne Win. Die alte Blutsbruderschaft der Thakin ist in der Zwischenzeit jedoch häufig in bittere Feindschaft umgeschlagen; dazu Ulrich Grudinski, FAZ, 22.5.75).

Die ZK der KP Birmas eröffnete anlässlich dieses Ereignisses eine "Erklärung", die von den chinesischen Presseorganen wörtlich übernommen, damit also praktisch mit Beifall bedacht wurde (NCNA, 20.5.75). Die "Erklärung" klagt die "Militärjunta Ne Win /San Yu (dies ist der Generalsekretär der Sozialistischen Programmpartei von Birma) als Pseudosozialisten an. Das Volk habe sich gegen ihr Militärregime in bitterem Haß erhoben. Den besten Beweis dafür hätten die Studentenkampagnen und Streiks der Arbeiter im Mai 1974 sowie die Anti-Regime-Kampagne im Dezember 1974 erbracht. "Gleichzeitig vertieften der von unserer Partei geführte bewaffnete Kampf und die Existenz und Gründung von Stützpunkten der Roten Macht die Gesamtkrise des Militärregimes". Die KP Birmas, die sich auf die Lehre des "Marxismus-Leninismus und Maoismus" stütze, habe eine Volksarmee aufgebaut und setze sich unablässig für die weitere Konsolidierung der "Nationalen und Demokratischen Einheitsfront" ein, die 1959 gegründet wurde. Sie werde eine breite Einheitsfront aller bewaffneten Kräfte der verschiedenen Nationalitäten aufbauen, um sich dem Militärregime Ne Win/San Yu zu widersetzen. Die gesamte Partei müsse fest hinter dem neuen Vorsitzenden Thakin Ba Thein Tin stehen.

Daß Peking sich so offen hinter die "Erklärung" der KP Birmas stellte, wird vielerorts als Anzeichen dafür gewertet, daß es für Birma einen Sieg nach dem Modell von Phnom Penh und Saigon erhofft ("The Times", FAZ, "Die Welt", 22.5.75).

Auf Staat-Staat-Ebene gilt das Verhältnis zwischen Peking und Rangoon als problemlos. Ne Win hatte 1971 die VR China besucht und war damals u.a. von Mao Tse-tung zu einem zweistündigen Gespräch empfangen worden. Erst im März 1974 auch hatte Chou En-lai seinem früheren Gast Ne Win zu seiner Wiederwahl gratuliert

Die neuerlichen Äußerungen Pekings, die von Rangoon mit Erstaunen aufgenommen wurden, zeigen, wie konsequent die Volksrepublik China fortfährt, eine Doppelstrategie gegenüber ihren Nachbarn zu betreiben, indem sie einerseits normale Beziehungen auf Staat-Staat-Ebene aufrechterhält, gleichzeitig aber die "Unterstützung" für Aufständische weiterbetreibt, also m.a.W. eine besondere Form der "Volksdiplomatie" übt. Wie weit die chinesische Mitverantwortung für die Aufstandsbewegung der birmanischen Kommunisten geht, ist nicht ganz klar. Als verbürgt darf jedenfalls gelten, daß die "Stimme des Volkes von Birma", also ein Propagandasender, der die ideologische Infrastruktur zwischen den Aufständischen enger knüpfen soll, von Yunnan in Südchina aus arbeitet.

Die "Prawda" (13.4.75) nimmt das chinesische Verhalten gegenüber Birma zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß "Peking, das sich in Worten als Freund von Birma ausgibt, dem es aber

nicht gelungen ist, Birma zu einem Bollwerk seines Einflusses in Südasien zu machen, dieses Land nunmehr schon seit mehr als zehn Jahren in permanenter Spannung hält. Nach Birma werden regelmäßig bewaffnete Einheiten, die aus der Grenzbevölkerung rekrutiert sind, eingeschleust. Dies löst zu Recht Empörung in der birmanischen Bevölkerung aus. Doch nun haben die birmanischen Regierungstruppen die Hauptkräfte der pro-chinesischen Rebellen zerschlagen. Ihre erfolgreichen Aktionen kamen bei aktiver Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zustande".

(12) Antichinesische Demonstrationen in Neu Delhi

Die indische Hauptstadt war Anfang Mai Schauplatz der seit langem größten antichinesischen Demonstration.

Hunderte von Anhängern der regierenden Kongreßpartei protestierten im Verein mit prosovjatischen Kommunisten vor der chinesischen Botschaft gegen die angebliche Einmischung Pekings in die inneren Angelegenheiten Indiens. Sie spielten damit namentlich auf die Umwandlung des Fürstentums Sikkim in eine indische Provinz an und verurteilten mit scharfen Worten eine Stellungnahme der chinesischen Regierung, in der es geheißen hatte, die VR China werde die "illegale Annexion" Sikkims unter keinen Umständen anerkennen, sondern das sikkimische Volk in seinem gerechten Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen den indischen Expansionismus unterstützen" (Näheres dazu C.a. 1973, S.235 f., 1974 S.760 f).

Die Demonstranten warfen ihrerseits der chinesischen Regierung vor, Tibeter und Mongolen zu unterdrücken. In einem Memorandum beschuldigen sie Peking ferner, blinden Haß gegen Indien zu hegen und sich aus diesem Grund mit dem "amerikanischen Imperialismus" verbündet zu haben. Das gemeinsame Zusammenspiel werde dadurch verdeutlicht, daß beide Länder u.a. Pakistan unterstützten (NZZ, 6.5.1975).

(13) Japans Sozialisten begrüßen die von China gewünschte Anti-Hegemonie-Klausel

China und die "6. Delegation der Sozialistischen Partei Japans" in der Volksrepublik, die Peking vom 5.-12. Mai 1975 auf Einladung der chinesisch-japanischen Freundschaftsgesellschaft besuchte, haben sich in der chinesischen Hauptstadt auf ein Kommuniqué geeinigt, in dem sie gemeinsam das Hegemonialstreben der Supermächte verurteilen. In dem Kommuniqué heißt es u.a.: "Die USA unterstützen bis zum heutigen Tage die Pak Chung Hee Marionettenclique in ihrer reaktionären Herrschaft über die Bevölkerung Südkoreas und versuchen vergeblich, im südlichen Teil der Korea-Halbinsel auszuharren. In Japan versuchen sie, ihre Militärstützpunkte weiter zu stärken, indem sie die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes verletzen. Die Sowjetunion entsandte ihre Truppen in schamloser Weise zur Invasion in der Tschechoslowakei, sie besetzte die Gebiete anderer Länder einschl. der Chischima-Inseln Japans und geht überall mit dem sogenannten 'System der Kollektiven Sicherheit' in Asien hausieren. Die beiden Nuklearmächte, die USA und die Sowjetunion, sind in ein Wettüben verwickelt, und überall ringen sie miteinander. Es herrscht keine Ruhe in der Welt.

Die beiden Seiten vertreten daher einmütig die Ansicht, daß es notwendig sei, dem Hegemonismus der beiden Supermächte entgegenzutreten" (NCNA, 13.5.1975) (Näheres zu dieser Problematik vgl. den Aufsatz von Oskar Weggel, "Japanisch-chine-

sische Friedensvertragsgespräche: Flexibilität und Starrheit der chinesischen Verhandlungsführung" in C.a. Mai 1975, S.230-234). In der Zwischenzeit wirbt Hsinhua eifrig weiter für die "Anti-Hegemonie-Klausel" indem es beispielsweise die Ansichten japanischer Autoren zitiert. So habe beispielsweise der Abgeordnete der Komei-Partei Kazuo Fu shiki geschrieben: "Weder Japan noch China streben nach Hegemonie und sollten daher natürlicherweise auch gegen jede Hegemonieansprüche eines anderen Landes auftreten...". Der Militärkommentator Hiroshi Osanai habe in einem Artikel den "baldmöglichst Abschluß des japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrages unter Aufnahme einer unmißverständlichen Bekundung der gegen Hegemonieansprüche gerichteten Einstellung" gefordert (NCNA, 12.5.1975).

Mit volksdiplomatischen Aktionen dieser Art haben die Chinesen die japanische Regierung in Verlegenheit gebracht. Die größte Oppositionspartei, die Sozialisten, hatten bisher stets einen neutralen Kurs zwischen den beiden Giganten des kommunistischen Lagers gesteuert. Das Umschwenken der Sozialisten auf die Pekinger Linie hat Peking abermals einen Schritt näher in Richtung auf die Anti-Hegemonie-Klausel gebracht. Für die Unterhändler Pekings steht fest: Ohne KI ausel kein Vertrag. Es handele sich hier um die Frage des Prinzips. China könne warten. Der Schritt der Sozialisten hat die Regierung einem weiteren Gesichtverlust nähergebracht und sie ein weiteres Stück auf Kollisionskurs gegenüber der Sowjetunion gezogen.

(14) Kambodscha: Peking zu "Mayaguez"

Seit langem hat es im sino-amerikanischen Verhältnis keine so scharfe Polemik der Chinesen mehr gegeben wie im Zusammenhang mit der "Mayaguez"-Affäre. Nach Darstellung von JMJP (17.5.1975) ist das amerikanische Schiff "Mayaguez" am 12. Mai "in provokatorischer Absicht in die Territorialgewässer Kambodschas eingedrungen. Im Anschluß daran haben amerikanische Flugzeuge Kambodscha bombardiert, während amerikanische Marinelandetruppen auf kambodschanisches Gebiet eindrangen. Das ist eine ernste Provokation des kambodschanischen Volkes und ein unverhüllter Piratenakt." Das Aufbringen der 'Mayaguez' sei eine "völlig legitime Maßnahme der Selbstverteidigung gewesen. Die amerikanische Regierung stellt jedoch die Tatsachen auf den Kopf und bezeichnet die legitime Maßnahme Kambodschas als 'Piratenakt'. Der Zwischenfall mit dem Schiff 'Mayaguez' ist nichts weiter als ein weiteres und vergebliches Unterfangen des amerikanischen Imperialismus". Li Hsien-nien Politbüromitglied und chinesischer Vizepremier, erklärte bei einem Empfang zugunsten des Botschafters Hanoi am 15. Mai u.a., "der US-Imperialismus habe immer noch nicht die Lehre aus seiner Niederlage in Indochina gezogen....." (NCNA, 15.5.1975).

Zum Beweis für die Selbstverteidigungshaltung der kambodschanischen Regierung bringt Hsinhua (NCNA, 16.5.1975) folgende Tatsachen: Seit der Befreiung Phnom Penhs und ganz Kambodschas hätten die US-Imperialisten ständig Aufklärungs- und Spionagetätigkeit betrieben, die sich gegen Kambodscha richtete. Tagtäglich hätten Flugzeuge Erkundungsflüge im kambodschanischen Luftraum durchgeführt. Fast jeden Tag auch seien amerikanische Spionageschiffe in die Hoheitsgewässer Kambodschas eingedrungen. Drei als Fischereifahrzeuge getarnte Boote, mit Thailändern und Khmer an Bord, hätten tagtäglich in den Gewäs-

sern vor Sihanouk Port operiert, um Kontakte mit Spionen auf dem Festland zu unterhalten. Sie hätten nach ihrer Gefangennahme ein volles Geständnis abgelegt. Eine Reihe von Booten habe Fernmeldeeinrichtungen und große Mengen von Sprengstoff mitgeführt, mit dem Fabriken, Docks und militärische Anlagen gesprengt werden sollten. Die Besatzungen hätten auch zugegeben, Agenten des CIA zu sein. Der Höhepunkt dieser ganzen Spionagetätigkeit schließlich sei die Entsendung der "Mayaguez" in kambodschanische Hoheitsgewässer gewesen. Das Boot sei als Handelsschiff getarnt gewesen und habe die Flagge Panamas gezeigt. Es sei tief in die kambodschanischen Gewässer zwischen den Inseln Way (50 km vor der Küste) und Tang eingedrungen. Die kambodschanischen Patrouillenfahrzeuge, die das Schiff schließlich einholten, hätten "auf dem Schiff nichts angerührt". Es sei aber ganz offensichtlich gewesen, daß das Schiff vorsätzlich die kambodschanischen Hoheitsgewässer verletzt habe, um Spionageaktionen und Provokationen zu verüben (NCNA, 16.5.1975). In einem Bericht von Hsinhua (15.5.1975) wird die Vermutung geäußert, daß das amerikanische Schiff mit elektronischem Radar und wissenschaftlichen Geräten ausgerüstet war. "Beladen mit militärischer 'hardware' dringe das Schiff illegal in ein Gebiet von etwa 4-5 km östlich der Koh-Way-Inseln am 12. Mai in kambodschanische Gewässer ein, um offensichtlich Spionage- und Erkundungstätigkeiten durchzuführen und Unruhe zu stiften".

Trotz dieser Verstimmungen, die eine Zeitlang die USA - anstelle der Sowjetunion - wieder zur Hauptzielscheibe chinesischer Propaganda-Angriffe werden ließ, besteht die Einladung an Präsident Ford nach Peking weiter.

(15) Pekinger Finanzhilfe für Nordkorea?

China soll dem nordkoreanischen Staats- und Parteichef Kim Il Sung während seines Staatsbesuches im April eine Wirtschafts- und Finanzhilfe zur Verfügung gestellt haben, die auf 100 Mio. Dollar geschätzt wird ("Die Welt", 27.5.1975). Seit längerem ist bekannt, daß Nordkorea seinen Zahlungsverpflichtungen im Ausland nur noch zögernd nachkommen kann. Westliche Beobachter sprechen von einigen Milliarden Dollar Schulden.

(16) Glückwünsche für die KP Malayas zum 45. Jahrestag der Partei

Radio Peking (29.4.1975, deutsch) brachte ein Glückwunschtelegramm des ZK der KPCh an das ZK der KP Malayas. Darin heißt es u.a., daß beide Parteien und beide Völker sich gegenseitig stets unterstützt und angespornt hätten. "Mit Freude sehen wir, daß die KP Malayas und das malayische Volk ununterbrochen siegen. Wir sind fest davon überzeugt, daß der revolutionäre bewaffnete Kampf des malayischen Volkes siegreich beendet wird". Unter anderem druckte Hsinhua (NCNA, 1.5.1975) eine Erklärung des ZK der KP Malayas vom 29. April nach, die in dem Partisanensender 'Stimme der Malayischen Revolution' wiedergegeben wurde. Darin hieß es u.a..... "Die malayische Kommunistische Partei hat seit langer Zeit zusammen mit der KP Chinas unter Führung des Genossen Mao Tse-tung und anderer maoistisch-leninistischer Bruderparteien gestanden..... Der bewaffnete revolutionäre Kampf geht weiter und entwickelt sich ... Angesichts der besonderen Verhältnisse unseres Landes sind wir der Ansicht, daß der Sieg der Revolution unseres Landes nicht über die sogenannte 'Parlamentarische Demokratie' oder

durch bewaffnete Aufstände in den Städten errungen werden kann. Er kann nur durch Umzingelung der Städte durch das Land und die Ergreifung der politischen Macht durch bewaffneten Kampf errungen werden." Es wird m.a.W. hier ein ausgeprägt "chinesisches" Programm verkündet

(17) Singapore für engere Anlehnung an die VR China

Thailand und Malaysia sollten sich nach den Erfahrungen in Vietnam und Kambodscha mehr um die Freundschaft Chinas bemühen, erklärte der Ministerpräsident von Singapore. Er warnte besonders Thailand davor, die Sowjetunion als Gegengewicht zu China zu benutzen. Verstärkte Guerillatätigkeit im thailändischen Nordosten wäre die sichere Antwort. Gleichzeitig warnte Lee vor den Gefahren eines übereilten militärischen Rückzuges der USA aus Asien. Ein zu schneller Abzug könnte der Sowjetunion die Möglichkeit bieten, ihren Einfluß in Gebieten geltend zu machen, die China für sich als lebenswichtig erachte. Lee bezeichnete China als die "gutartigste der kommunistischen Mächte" und wies darauf hin, daß Peking keine Gebietsgewinne in Thailand, dem Nachbarn der indochinesischen Staaten, anstrebe (Bericht aus Kingston, SZ, 7.5.75).

(18) Erste Konflikte zwischen Vietnam und der VR China

Zwischen dem 14. und 29. April haben Truppen Nordvietnams sechs Inseln des Spratley-Archipels besetzt, indem sie die dort stationierten Garnisonen des früheren Saigoner Regimes ablösten (IHT, 22 April 1975, und "Le Monde", 8.5.75). (Vgl. in diesem Heft, Oskar Weggel: "China und Vietnam in den entscheidenden April- und Mai-Tagen".

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(19) "Es gibt keine Energie- und Rohstoffkrise"

Zu diesem Thema schreibt Hung-ch'i 1975, Nr. 5: "Je mehr die gegenwärtige Krise des imperialistischen Systems sich vertieft, um so lauter ertönt das reaktionäre Geschrei über ein 'Versiegen der Energiequellen', das in Wirklichkeit von einer bestimmten Absicht getragen ist, nämlich den Verfall und Untergang des imperialistischen Systems zu verheimlichen. Die Sowjetrevisionisten fäseln ebenfalls davon, daß die Menschheit 'vor einer Katastrophe' stehe, daß ein 'Hunger nach Energiequellen' herrsche. Dabei sind die wichtigsten Energiequellen - Erdöl, Erdgas, Kohle - längst nicht erschöpfend erfaßt und geschätzt. Hinzu kommt außerdem die Atomenergie China, das bereits die Atom- und Wasserstoffbombe besitzt, hat damit die sehr schnelle Entwicklung der Kernforschung in unserem Lande demonstriert. An Erdöl hat China bereits einen Überfluß, und die Erfolge, die in jüngster Zeit in der Nutzung der Erdgas- und Sonnenenergie erzielt wurden, sind auch beachtenswert. Die sogenannte Energiekrise, von der gegenwärtig die kapitalistische Welt spricht, ist ausschließlich ein Produkt des kapitalistischen Systems und ein Ausdruck des sich mit jedem Tag verstärkenden Verfalls dieses Systems Es muß auch betont werden, daß ein großer Teil der Energiequellen der USA der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dient: 10 % des Erdöls und 33 % des in der Industrie verwendeten Kraftstroms dienen diesem Zweck ... Der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus ... plündert rücksichtslos die Energie-

quellen der Dritten Welt aus ... Etwa 80 % der Erdölvorkommen liegen ja in der Dritten Welt. Die dortigen Völker werden es jedoch nicht erneut zulassen, daß die Großmächte sie nach Gutdünken ausplündern".

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(20) China und das Internationale Olympische Komitee: Werden Pekings Sportler schon 1976 in Montreal oder erst 1980 in Moskau "dabei sein"?

Am 15. April 1975 hat der Allchinesische Sportverband das IOC um Anerkennung als NOK (Nationales Olympisches Komitee) für die Volksrepublik China nachgesucht. Damit wurde deutlich, daß die VR China möglicherweise schon an den Olympischen Spielen in Innsbruck und Montreal 1976 teilnehmen will. Allerdings hat China auch gewisse Bedingungen gestellt. Der Ausschluß Taiwans war zwar nicht im offiziellen Aufnahmegesuch, fand sich aber als Bedingung in einem Extraschreiben.

Damit war das IOC vor eine heikle Frage gestellt. Wie sich das IOC möglicherweise verhalten würde, wurde bereits beim italienischen NOK Mitte Mai vorgetestet. Von 40 Rednern sprachen sich dort 30 für zwei Chinas im IOC und nur 10 für Peking - und damit gegen Taiwan - aus.

Formell sind die Voraussetzungen für den Eintritt der VR China in das IOC längst gegeben: Ein NOK muß in mindestens fünf Olympischen Fachverbänden vertreten sein, wenn es vom IOC anerkannt werden will. China ist mittlerweile sogar in neun Föderationen Mitglied, Taiwan allerdings immer noch in sechzehn, wobei sich das Verhältnis allerdings rapide zugunsten Pekings verschiebt. Die Mitgliedschaft Pekings besteht in den Verbänden Basketball, Eishockey, Eislaufen, Fechten, Gewichtheben, Kanu, Rudern, Hockey und Volleyball.

Am grotesksten ist die Situation im Volleyball: Theoretisch sind hier beide Chinas Mitglieder des Internationalen Volleyverbandes. Nur weigert sich Peking, Taiwan, das 1973 aufgenommen wurde, als Mitglied des Verbandes zu betrachten. Dies wiederum stört weder den Verband noch Taiwan. So haben sich einige Beobachter gefragt, ob das Modell Volleyball nicht auch von anderen Verbänden praktiziert werden könnte. Doch ist damit angesichts der harten Haltung Pekings nicht zu rechnen. Im Fußballverband FIFA steht Taiwan kurz vor dem Ausschluß. Im Hockey wurde es auf höchst einfache Weise hinausexpeditiert, nämlich wegen "Nichtzahlung der Beiträge". Der Basketballverband schloß Taiwan ohne nähere Begründung aus, ebenso der Internationale Fechtverband. Im Eishockey und bei den Eisläufern gab es von vornherein keine Schwierigkeiten, da Taiwan, ein subtropisches Gebiet, keine Eisläufer aufzubieten hat. Auch der Internationale Ruderverband hatte keine Schwierigkeiten, da ihm der Inselstaat Taiwan nie angehörte. Beim Boxverband hat Taiwan noch Verbleibechancen, da Boxen in der Volksrepublik China lange Zeit verboten war. Die Internationale Reiterliche Vereinigung hat sich dem Antrag beider chinesischer Antragsteller elegant entzogen, indem sie von ihnen erst einmal den "Beweis der sportfachlichen Voraussetzungen" verlangte. Man nehme keinen Verband, solange man nicht sicher sei, daß der Reitsport in dem betreffenden Lande überhaupt ordentlich gepflegt werde (dazu Näheres "Die Zeit", 23.5.75). Zu den Fürsprechern der Aufnahme Pekings machte sich vor

allem das NOK des Iran. Es legte u.a. dem IOC ein 5-seitiges Expose vor, in dem es nachzuweisen suchte, daß es niemals eine Abstimmung einer IOC-Session gegeben habe, Taiwan Anfang der fünfziger Jahre als alleiniges NOK Chinas anzuerkennen. Im Gegenteil habe die Session von Athen im Jahre 1954 auch das NOK der VR China aufgenommen. 1958 hätten die Chinesen allerdings (die zwar nie an einem Olympischen Wettbewerb teilgenommen haben) das IOC wieder verlassen, als ihrer Forderung nach einer Alleinvertretung, auch für Taiwan, nicht nachgegeben wurde (FAZ, 22.5.75). Das NOK des Iran will also darauf hinaus, daß Taiwan juristisch nie IOC-Mitglied geworden sei, daß es also auch nicht formell ausgestoßen werden müsse - eine, wie man zugeben muß, einigermaßen groteske Argumentation. Immerhin hat Taiwan fünfmal an Olympischen Wettbewerben teilgenommen. Aus diesem Grunde auch weigerte sich das IOC, das NOK ohne weiteres auszuschließen. Man war nicht bereit, die China-Frage auf gleich einfache Weise zu lösen, wie es seinerzeit vor der UNO geschehen ist.

Am 23. Mai gab ein Sprecher des IOC bekannt, daß man die Frage der Aufnahme Pekings und des Ausstoßes Taiwans noch nicht habe entscheiden können. Man wolle noch etwas Bedenkzeit. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß der Allchinesische Sportverband nicht als NOK anerkannt werden könne (NZZ, 14.5.75).

Mit dieser formalen, juristischen Interpretation ist die Frage allerdings noch lange nicht entschieden. Die Zeit arbeitet auf alle Fälle für Peking. Dies weiß auch das IOC. Möglicherweise rechnet es damit, daß die Mitgliedschaft Taiwans in den verschiedenen Fachverbänden schließlich unter die kritische Fünfer-Schwelle fallen werde, so daß die Taiwan-Frage damit eine automatische Lösung finde. Lord Killanin sagte bei der Pressekonferenz am 23. Mai: "Das Problem China ist so heikel und so differenziert zu betrachten, daß das IOC beschlossen hat, vor der Entscheidung weitere Studien anzustellen. Zu diesem Zweck werde ich den Einladungen Folge leisten, die schon vor mehreren Wochen aus Peking und aus Taiwan an meine Adresse gerichtet worden sind." Dabei müsse ein Kompromiß für die "unabänderliche" Bedingung Pekings auf Ausschluß Formosas zu finden sein. Gleichzeitig müsse man aber auch einige Änderungen in den IOC-Statuten vornehmen. Peking werde kaum darum herumkommen, ein separates Nationales Olympisches Komitee zu gründen (NZZ und IHT, 24./25.5.75). U.a. befürchtet das IOC möglicherweise, daß nach dem Ausstoß Taiwans demnächst auch die Israeli und die Junta-Chilenen als "mißliebige" Mitglieder an der Reihe sind.

Der Kommentar Chinas zu der Entscheidung des IOC: "Es muß hervorgehoben werden, daß im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft in internationalen Sportangelegenheiten ein Häuflein unbelehrbarer Leute der internationalen Sportkreise über die Leiche der "Chiang-Clique" wacht ... 'Der Sport berührt nicht die Politik', ist eines ihrer Argumente. Nur ist es völlig gegenstandslos. Wenn der Sportorganisation der Chiang-Clique erlaubt wird, in den internationalen Sportorganisationen zu verbleiben, so ist es eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas. Das andere Argument, 'Taiwan als ein Gebiet im IOC zu belassen', ist gleichbedeutend mit der Absicht, 'zwei China' oder 'ein China und ein Taiwan' zu schaffen ..." (NCNA, 21.5.1975).

AUSLÄNDER IN PEKING

(21) Bankettnächte in Peking

Wie Bankettnächte in Peking verlaufen, hat ein Korrespondent der Japan Times beobachtet. Hier eine unwesentliche gekürzte Übersetzung seines Berichtes vom 19.5.75:

"Bankettnächte in Peking sind eine Mischung aus Politik, Showbusiness und Gastronomie, mit der sich nicht einmal mittelalterliche Königshäuser messen konnten. Die Chinesen, die gern früh zu Bett gehen, haben das Staatsbankett zu einer glatten Zweieinhalb-Stunden-Angelegenheit entwickelt mit einer Neun-Gang-Mahlzeit, häufigen Toasts und feurigen Reden. Eine Band der Volksbefreiungsarmee - komplett mit khakiuniformierten Harfenisten - spielt, und hunderte von Kellnern flitzen zwischen den Tischen herum, nach jedem Gang erneut in perfekt organisierter Reihenfolge auftretend. Die chinesischen Veranstalter haben Übung, jede Woche finden wenigstens drei Staatsbankette in Pekings Großer Volkshalle statt.

Die Bankette beginnen frühzeitig. Einladungen, manchmal nur wenige Stunden vorher verschickt, sind auf sieben Uhr angesetzt. Kleidung, nach europäischem Maßstab, normal. Es gibt keine Dinner-Jackets oder Abendroben in der Volksrepublik, der Gastgeber erscheint im Mao-Look. Das Schauspiel beginnt während der Ankunft auf dem Tian-An-Men-Platz mit der Ansicht der illuminierten Volkshalle, die oft mit dem Sonnenuntergang über den westlichen Bergen zusammenfällt. Protokollbeamte begrüßen den Gast am Eingang, zu diskret, um nach der Einladungskarte zu fragen. Die erste Überraschung ist die Garderobemehr als 60 Meter lang und breiter als ein Fußballplatz. Das setzt den monumentalen Rahmen für alles, was nun folgt. Die Große Volkshalle, 1969 in neun Monaten gebaut, ist eine kleine Stadt mit einem Saal mit 10 000 Sitzplätzen und einem Bankettraum für 5000 Personen. Außerdem soll es einen riesigen unterirdischen Parkplatz geben. Im Bankettsaal, einem viereckigen Stadion, das mit Kilos goldener und weißer Farbe bemalt ist, sind vor einer weißen Bühne Tische aufgereiht. Eine übergroße chinesische Flagge hängt neben der Nationalflagge des Ehrengastes und ein Kellner begießt dunkelgrüne Büsche, die von den Ecken der Bühne herunterranken. Diplomatengruppen, die sich auf dieser Szene kaum wiederfinden, nippen an ihrem Bier oder Orangensaft und reihen sich schnell ein, wenn die Gäste auf ihrem Vorstellungsparcours sich nähern. Bis er im letzten Jahr krank wurde, war der geniale Chou En-lai, Chinas Veteranpremier, Gastgeber auf allen Staatsbanketten. Heute erledigt der eher schüchterne Teng Hsiao-p'ing, stellvertretender Ministerpräsident, diesen Job.

Zu Tisch sitzen immer zehn Personen zusammen. Nach einem kalten Horsd'oeuvre (leng pan), einhundert Jahre alte Eier, Geschnetzeltes und Nudeln in grünen Bohnen, beginnt die Reihenfolge der warmen Gerichte. Man muß mit Stäbchen schon umgehen können, denn kaum steht das Gedeck auf dem Tisch, wird es auch schon durch das nächste ersetzt.

Alteingeweihte erzählen, daß es drei Standardmenues auf Staatsbanketten gibt und daß die Küche sich nicht mit den Restaurants in Pekings Straßen messen kann. Neulinge finden das wenig glaubhaft. Die Reden beginnen nach der Hälfte der Mahlzeit und Toasts werden bei feurigem Mao-Tai-Schnaps oder warmem Reiswein gehalten.

Manchmal ist die Redekunst nicht so appetitanregend wie das

Mahl. Einem russischen Journalisten schien das Essen nicht mehr zu schmecken, als ein Chinese auf die Sowjetführer anspielte, die 'Honigworte auf ihren Lippen, aber Verbrechen in ihren Herzen bergen'. Auf den hinteren Bänken bekommen die ausländischen Journalisten lange Hälse um zu beobachten, welcher chinesische Politiker heute anwesend ist - eine Möglichkeit, um Aufschluß im ewigen Ratespiel chinesischer Politik zu bekommen. Ein japanischer Reporter beobachtet die Prominententische sogar mit dem Fernglas".

INNENPOLITIK

(22) Gegen eine "neue Bourgeoisie"

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Theoriedebatte um die Diktatur des Proletariats umriß ein längerer Artikel in der "Roten Fahne" (Heft 5, 1975 und "Volkszeitung" am 5.5.) von Tien Chun "Die Anwendung ist die einzige Absicht bei der Beherrschung des Marxismus-Leninismus" die Fragestellungen, welche "theoretisch und wissenschaftlich" hierbei vor allem geklärt werden müßten:

So gelte es zu klären, "warum Harmonie und Widerspruch in dem Verhältnis zwischen der Produktion und den produktiven Kräften und zwischen der ökonomischen Basis und dem Überbau existierten; warum bourgeoise Rechte unvermeidlich sind und warum sie beschränkt werden müssen; warum die Warenwirtschaft, der Austausch (von Waren- und Dienstleistungen) durch Geld und das Prinzip 'Jeder gemäß seiner Arbeit' zwar nicht eliminiert, aber doch daran gehindert werden soll, Kapitalismus hervorzubringen; wie neu entstandene bourgeoise Elemente aufkamen und wie neue Veränderungen innerhalb der Klassenbeziehungen stattfinden" (SWB, 9.5.75).

Während der hier vorgegebene Fragenkomplex ein vielfaches Echo bei den Organisationen auf Provinzebene fand, rückte dabei insbesondere die Kritik an den neuen "bourgeoisien" und "kapitalistischen" Elementen in den Vordergrund.

So beschäftigte sich der Leitartikel der "Kiangsi Tageszeitung" vom 4. Mai unter dem Titel "Die Theorie gut studieren, die Einheit stärken, die industrielle Produktion vorantreiben" mit den "vielen 'befestigten Dörfern', welche sich in unseren Fabriken und Unternehmen noch immer in der Hand der Bourgeoisie befinden ... Einige Einheiten unterstehen zwar der Form nach dem System des sozialistischen Eigentums, aber die wahre Führung liegt nicht in den Händen der Marxisten und arbeitenden Massen. Eine Handvoll von Klassenfeinden habe ihre Sabotageaktivitäten nie eingestellt. Der giftige Einfluß der revisionistischen Linie bei der Leitung der Unternehmen sei nicht vollständig ausgemerzt worden.

Während alte und neue bourgeoise Elemente oft zusammenarbeiteten, heißt es weiter, "seien bürgerliche Rechte in Bezug auf das Eigentum noch nicht gänzlich abgeschafft worden; in den mitmenschlichen Beziehungen seien sie noch immer ernstlich vorherrschend und würden auf dem Gebiet der Distribution eine bestimmende Position einnehmen". Das führe "bei einem Teil der Arbeiter und Parteimitglieder zu Kapitalismus und Bourgeoisie. Unter dem Proletariat und unter den Angehörigen der Staatsorgane gäbe es Leute, welche dem bourgeoisien Lebensstil folgten".

Während sich die Aufgabe stellt, mehr als 95 % der Kader und

Massen gegen die "Klassenfeinde" und gegen den "bourgeoisien Faktionismus" zu vereinigen, muß insbesondere die Führung auf allen Gebieten die Ideen von "Feiglingen" und "Faulenzern" überwinden (SWB, 10.5.75).

Ein längerer Artikel "Den Kapitalismus gründlich kritisieren, die Diktatur des Proletariats konsolidieren" von Li Ching-wen spricht ebenfalls davon, daß beim Aufbau des Bezirks Tunchang (Provinz Hainan) "nicht wenige Kommunen und Brigaden düstere kapitalistische Anschläge ausgeführt hätten." In der Auseinandersetzung mit den "Sabotageaktivitäten" des Klassenfeindes stelle sich so die Auseinandersetzung mit den "neu geschaffenen bourgeoisien Elementen und Parvenüs, welche sich mit den alten bourgeoisien Elementen verbinden" als extrem wichtig heraus:

"Sie zeigen nach außen das Schild des Sozialismus, aber dabei engagieren sie sich stark in kapitalistischen Aktivitäten; durch legale und illegale Mittel bringen sie einen Großteil des Reichtums, welcher dem Kollektiv und dem ganzen Volk gehört, auf die Seite. Obwohl ihre Zahl nicht groß ist, stellen sie doch für die sozialistische Sache und die Diktatur des Proletariats eine Gefahr dar." (SWB, 11.5.75).

Während die kapitalistischen "Verbrechen" der Einheiten auf der Basisebene im einzelnen nicht näher ausgeführt werden, scheint vor allem die noch nicht überwundene bzw. nebourgeoise Eigentumsmentalität von "Kleinproduzenten" und "bessergestellten" Bauern Schwierigkeiten zu bereiten. So heißt es in einem Rückblick der Produktionsbrigade in Chih-chuang (Provinz Shantung), daß nach 25jähriger erfolgreicher Tätigkeit, "die gestürzten Klassen der Grundherren und Kapitalisten immer noch existieren, über ihre Niederlage nicht hinweggekommen sind und ständig von der Restauration träumen. Bessergestellte Bauern seien noch immer ernstlich durch ihre spontanen kapitalistischen Tendenzen in Mitleidenschaft gezogen."

Während einige Mitglieder der Produktionsbrigade die Frage stellten "Wie können Kapitalismus und Bourgeoisie entstehen, nachdem wir jetzt Kommunen errichtet haben und kollektivierte Bauern sind?", lernten sie mit Hilfe der örtlichen Parteiführung "an lebenden Beispielen, daß ... gewisse inhärente Charakteristika und die Psychologie der Kleinproduzenten ... welche Kapitalismus und Bourgeoisie hervorrufen", näher zu erläutern, half die Parteiführung den Kadern und Massen, wie verlautet, konkretere Beispiele zu analysieren und kam dabei zu folgenden Schlußfolgerungen:

" 1. Die Verbindung der Idee des Privateigentums der Kleinproduzenten wird im Zusammenhang mit den verbliebenen Resten des Systems des Privateigentums bei einigen Leuten unabweichlich kapitalistischen Tendenzen hervorrufen.

2. Die Verbindung der Idee des Privateigentums der Kleinproduzenten wird im Zusammenhang mit den auf dem Gebiet der Distribution verbliebenen bürgerlichen Rechten kapitalistische Faktoren hervorbringen. Einige bessergestellte Bauern werden das in ihrem Besitz befindliche Vermögen dazu benutzen, üble Dinge anzustellen, bis hin zur Polarisation.

3. Die Verbindung der Idee des Privateigentums der Kleinproduzenten im Zusammenhang mit den bürgerlichen Rechten auf dem Gebiet der Warenwirtschaft und des (Waren- und Dienstleistungs) Austausches durch Geld, wird einige Leute veranlassen, Staatsvorhaben zu unterminieren und der Kollektiv-